

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hess. Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Hessischen Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften aus Anlass der Corona-Pandemie vom 11.12.2020 (GVBl S. 915), der §§ 1, 2, 3 und 7 des Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBl. I S. 34), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hünfeld am 27.11.2023 die folgende Satzung beschlossen:

**Satzung
über die Erhebung einer Steuer
auf Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (Übernachtungssteuer)
im Gebiet der Stadt Hünfeld (ÜSS)**

**§ 1
Allgemeines**

Die Stadt Hünfeld erhebt eine Steuer auf Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben im Stadtgebiet (Übernachtungssteuer) als örtliche Aufwandsteuer.

**§ 2
Steuergegenstand**

Gegenstand der Steuer ist der Aufwand für die Möglichkeit einer entgeltlichen Übernachtung in einem in der Stadt Hünfeld gelegenen Beherbergungsbetrieb (Hotel, Gasthof, Pension, Privatzimmer, Jugendherberge, Ferienwohnung, Motel, Campingplatz, Wohnmobilstellplatz, oder ähnliche Einrichtungen), der gegen Entgelt eine Beherbergungsmöglichkeit zur Verfügung stellt.

**§ 3
Bemessungsgrundlage**

Bemessungsgrundlage ist jede gebuchte und in Anspruch genommene Übernachtung.

**§ 4
Steuerpflichtiger**

1. Steuerpflichtiger ist der Betreiber des Beherbergungsbetriebs.
2. Personen, die nebeneinander die Steuer schulden, sind Gesamtschuldner.

**§ 5
Steuersatz**

Die Steuer beträgt 1,00 € je Übernachtung der Bemessungsgrundlage nach (§ 3). Abweichend von Absatz 1 beträgt die Steuer am Wohnmobilstellplatz Hessisches Kegelspiel 2,00 € je Tag der Inanspruchnahme eines Standplatzes unabhängig von der Anzahl der mitgereisten Personen.

§ 6
Entstehung der Steuerpflicht, Festsetzung der Steuer und
Fälligkeit der Steuerschuld

1. Der Steueranspruch entsteht mit Beginn der entgeltlichen Beherbergungsleistung nach § 2.
2. Veranlagungszeitraum ist das Kalendervierteljahr.
3. Der Steuerschuldner ist verpflichtet, der Stadt Hünfeld bis zum 15. Tag nach Ablauf des Kalendervierteljahres eine Steueranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen und darin die Steuerschuld selbst zu errechnen. Soweit die Stadt die Möglichkeit der elektronischen Abgabe der Steueranmeldung eröffnet hat, hat die Meldung elektronisch zu erfolgen.
4. Die Steuer wird vorbehaltlich des Abs. 6 mit Einreichung der Steueranmeldung fällig.
5. Zur Prüfung der Angaben in der Steuererklärung sind der Stadt Hünfeld auf Anforderung Nachweise, insbesondere Rechnungen und Quittungsbelege, für das jeweilige Quartal im Original vorzulegen. Die Nachweise nach Satz 1 können nach vorheriger Zustimmung der Stadt Hünfeld auch in anderer Form, beispielsweise Ablichtungen, oder auf andere Weise, beispielsweise auf elektronischem Wege oder auf Datenträgern, übermittelt werden.
6. Die Steuer wird durch Bescheid festgesetzt, wenn der Steuerpflichtige seinen Erklärungspflichten nach Abs. 3 oder Nachweispflichten nach Abs. 5 nicht nachkommt. Die Steuer wird in diesem Fall am Tag nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 7
Anzeigepflichten, Mitwirkungspflichten

1. Der Steuerpflichtige ist verpflichtet, das erstmalige Angebot von entgeltlichen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben unverzüglich der Stadt Hünfeld mitzuteilen. Das gleiche gilt, wenn sich die für die Steuererhebung relevanten Tatbestände ändern.
2. Hotel- und Zimmervermittlungsagenturen sowie Dienstleistungsunternehmen ähnlicher Art sind verpflichtet, der Stadt Hünfeld die Beherbergungsbetriebe im Stadtgebiet mitzuteilen, an die entgeltliche Beherbergungsleistungen vermittelt werden. Hat der Steuerpflichtige seine Verpflichtung zur Abgabe der Steuererklärung und Einreichung von Nachweisen nach § 6 nicht erfüllt, sind die in Satz 1 genannten Unternehmen zur Mitteilung über die Person des Steuerpflichtigen und aller zur Steuererhebung erforderlichen Tatsachen verpflichtet, insbesondere zur Auskunft ob und in welchem Umfang Beherbergungsleistungen erfolgt sind und welche Entgelte dafür zu entrichten waren.

§ 8 Prüfungsrecht

1. Auf die Steuerpflichtigen finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Außenprüfung entsprechende Anwendung.
2. Die Stadt Hünfeld ist befugt, die Angaben des Steuerpflichtigen und des nach § 7 Abs. 2 zur Auskunft Verpflichteten in seinen Geschäftsbüchern und sonstigen Unterlagen, insbesondere den Besonderen Meldescheinen des Beherbergungsbetriebs nachzuprüfen. § 3 Abs. 1 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes bleibt unberührt.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft.